



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Staatssekretär

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn
Präsidenten
des Landesrechnungshofes
Schleswig-Holstein
Dr. Aloys Altmann
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 8. Oktober 2008

**Antwort der Landesregierung zu den Fragen der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf
2009/2010 - zusätzliche Fragen zum Epl. 04 (ohne Umdruck-Nr.) -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen die Antworten der Landesregierung zu den zusätzlich zum
Epl. 04 gestellten Fragen der FDP-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2009/2010 (ohne Um-
druck-Nr.).

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Arne Wulff

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	19
Kapitel:	0401
Titel:	541 02
Zweckbestimmung:	Durchführung der Landtagswahl

Ansatz Ist 2007:	
Ansatz Soll 2008:	
Ansatz Soll 2009:	
Ansatz Soll 2010:	

Frage/Sachverhalt:

Warum sollen 55 T€ für die Landtagswahl ausreichen (Bundestagswahl 2.250 T€, Europawahl 2.150 T€)?

Antwort der Landesregierung:

Zu dieser Frage verweise ich auf die Antwort der Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Umdruck 16/3458.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	22
Kapitel:	01
Titel:	535 06
Zweckbestimmung:	Raumentwicklung

Ansatz Ist 2007:	86,4
Ansatz Soll 2008:	34,0
Ansatz Soll 2009:	34,0
Ansatz Soll 2010:	56,0

Frage/Sachverhalt:

Machen die Kreise und kreisfreien Städte keine eigenen Erhebungen zur Bevölkerungsentwicklung? Gibt es solche Aufstellungen nicht bereits, denn schließlich hebt der Entwurf zum Landesentwicklungsplan ja bereits darauf ab?

Antwort der Landesregierung:

Die Kreise und kreisfreien Städte führen in der Regel nur für einzelne Fachplanungen Erhebungen bzw. Berechnungen zur Bevölkerungsentwicklung durch. Im Wesentlichen greifen sie auf die Zahlen der systematischen Vorausberechnungen des Statistikamtes Nord zurück. Auf der Basis der Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes werden Bevölkerungsvorausberechnungen für die Kreise und kreisfreien Städte in Schleswig-Holstein abgeleitet. Die letzte Vorausberechnung hat das Statistikamt Nord im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium für die Kreise und kreisfreien Städte für den Zeitraum 2007 bis 2025 erstellt. Die Landesregierung hat diese Vorausberechnung als neue Planungsgrundlage für alle bevölkerungsbezogenen Planungen auf Landesebene - also auch den Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2009 - Ende 2007 beschlossen. Die Bevölkerungsvorausberechnungen werden regelmäßig nach drei bis vier Jahren aktualisiert.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	39-48
Kapitel:	0403
Titel:	
Zweckbestimmung:	

Ansatz Ist 2007:	
Ansatz Soll 2008:	
Ansatz Soll 2009:	
Ansatz Soll 2010:	

Frage/Sachverhalt:

1. Welche Einsparungen bei den Personalkosten ließen sich durch eine Übertragung der Vermessungsaufgaben an Öffentlich Bestellte Vermessungsingenieure erzielen?
2. Wann wären dann ggf. die Mietverträge mit den angemieteten Katasterämtern kündbar?
3. Welche weiteren Sachkosten ließen sich einsparen?
4. Welche Ausgaben wären ggf. für die Bestellung von Öffentlich Bestellten Vermessungsingenieuren notwendig?

Antwort der Landesregierung:

Zu Frage 1:

Es lassen sich keine Einsparungen bei den Personalkosten erzielen.

Die von der Vermessungs- und Katasterverwaltung durchgeführten Vermessungsarbeiten werden kostendeckend erledigt, was die Kosten- und Leistungsrechnung bestätigt.

Im Falle einer Übertragung dieser kostendeckend wahrgenommenen Aufgaben auf die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure würden die Einnahmen hierfür entfallen. Weil weder entsprechende Personalabgänge zu erwarten sind noch Kündigungen der betroffenen Beschäftigten möglich sind, müssten diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim Land verbleiben und die Besoldungen und Entgelte des hierdurch freigesetzten Personals weiterhin gezahlt werden. Hierdurch würde sich der Zuschussbedarf der Vermessungs- und Katasterverwaltung erhöhen.

Zu Frage 2:

Aus der Antwort zu Frage 1 ergibt sich, dass eine Kündigung der Mietverträge z.Zt. nicht in Betracht kommt.

Die Mietverträge der einzelnen Katasterämter wären zu folgenden Terminen kündbar:

Katasteramt Elmshorn: 31.10.2017

Katasteramt Flensburg/Schleswig: 31.03.2013 (Flensburg), 31.01.2014 (Außenstelle Schleswig)

Katasteramt Kiel: 29.02.2020

Katasteramt Lübeck: 30.04.2020

Katasteramt Meldorf: 31.12.2010

Katasteramt Nordfriesland: 31.12.2010 (Husum), 31.08.2009 (Außenstelle Niebüll)

Katasteramt Ostholstein: 30.11.2010 (Oldenburg), 31.12.2013 (Außenstelle Eutin)

Katasteramt Segeberg: 31.12.2010

Zu Frage 3:

Ein Personalabbau erfolgt nur im Rahmen der üblichen Fluktuation. Eine Einsparung von Sachkosten ist dementsprechend auch nur in geringem Umfang (abhängig von dem jeweiligen Einsatzbereich der ausgeschiedenen Mitarbeiterin/des ausgeschiedenen Mitarbeiters) möglich. Einsparsummen können nicht genannt werden.

Zu Frage 4:

Für die Bestellung weiterer Öffentlich bestellter Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure wären keine zusätzlichen Haushaltsmittel erforderlich.

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	76
Kapitel:	0410
Titel:	124 01
Zweckbestimmung:	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung

Ansatz Ist 2007:	279,9
Ansatz Soll 2008:	310,0
Ansatz Soll 2009:	48,0
Ansatz Soll 2010:	48,0

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none"> 1. Tragen die Kommunen, deren Sportvereine von der unentgeltlichen Nutzung der Sportanlagen profitieren, zur Unterhaltung dieser Anlagen bei und wenn nein, warum nicht? 2. Welche Beteiligung wäre ggf. aus Sicht der Landesregierung angemessen?

Antwort der Landesregierung:

<p><u>Zu 1.:</u> Die Sportanlagen der Polizei bei der PDAFB werden nur von der Landespolizei und dem Polizeisportverein genutzt.</p> <p><u>Zu 2.:</u> - entfällt -</p>
--

Fragen der

	CDU
	SPD
X	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	98
Kapitel:	0410
Titel:	MG 66
Zweckbestimmung:	Rat für Kriminalitätsverhütung

Ansatz Ist 2007:	49,9
Ansatz Soll 2008:	50,0
Ansatz Soll 2009:	50,0
Ansatz Soll 2010:	50,0

Frage/Sachverhalt:

<ol style="list-style-type: none"> 1. Welche konkreten kriminalpräventiven Konzepte wurden in 2007 und 2008 durch den Rat für Kriminalitätsverhütung erarbeitet? 2. Welche Initiativen zur Kriminalitätsprävention hat er in 2007 und 2008 angeregt, unterstützt und ausgewertet? 3. Wie oft hat der Rat getagt? 4. Wie viele Pressekonferenzen, Plenumsitzungen, öffentliche Diskussionsveranstaltungen hat der Rat in 2007 und 2008 durchgeführt? 5. Welche Veröffentlichungen hat er im gleichen Zeitraum herausgegeben? 6. Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg der Maßnahmen, die durch den Rat für Kriminalitätsverhütung erarbeitet wurden insbesondere in Hinblick auf den Rückgang von Straftaten und wie begründet die Landesregierung diese Auffassung?
--

Antwort der Landesregierung:

Zu 1.:

1. Jeder Schüler - Jede Schülerin zählt. Konzept gegen Schulabsentismus.
Untersuchung zum Schulabsentismus an allen Haupt- und Förderschulen in Schleswig-Holstein. Darstellung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen.
2. Happy Slapping und mehr ...
Darstellung ethischer und juristischer Aspekte im Zusammenhang mit der Nutzung moderner Medien. Denkanstöße und Handlungsempfehlungen.
3. Stalking. Du entkommst mir nicht - ich finde Dich immer!
Darstellung phänomenologischer und juristischer Aspekte des „Stalking“. Hinweise und Empfehlungen.
4. Rechte Sprüche in der Klasse.
Unterrichtshilfe für Pädagoginnen und Pädagogen zum Umgang mit rechtsextremistisch orientierten Schülerinnen und Schülern.
(Geplante Veröffentlichung: Nov./Dez. 2008)

Zu 2.:

1. Durch die Regionalkonferenz „Kriminalprävention im Kreis Nordfriesland“ im Mai 2007 in Husum sowie durch Vortragsveranstaltungen wurde für die Gründung kommunaler Präventionsräte in den im Kreis Nordfriesland sowie u. a. in den Städten/Gemeinden Ahrensburg, Bad Segeberg, Rieseby sowie im Amtsbezirk Hörnerkirchen geworben. Im Amtsbezirk Hörnerkirchen sowie in Rieseby wurden zwischenzeitlich Kommunale Präventionsräte eingerichtet.
2. Zur Aufklärung über den Rechtsextremismus hat der Landesrat im Oktober 2007 gemeinsam mit den Landespräventionsräten Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie dem DGB Nord in der Reihe „Verantwortung übernehmen im Norden“ eine Veranstaltung mit dem Thema „Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ durchgeführt.

Ferner hat sich der Landesrat beispielsweise weiterhin als Kooperationspartner an der Wanderausstellung „Anne Frank - ein Mädchen aus Deutschland“ beteiligt und die Aufführung des Theaterstückes „Hallo Nazi“ an zahlreichen Schulen im Lande ermöglicht.
3. Schließlich hat der Rat für Kriminalitätsverhütung bis September 2008 insgesamt ca. 58 Projekte staatlicher und nichtstaatlicher Träger gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Jugendgewaltprävention sowie zur Prävention von Alkoholmissbrauch durch Kinder und Jugendliche unterstützt.

Zu 3.:

Die verschiedenen Arbeitsgruppen des Landesrates haben in 2007 bzw. werden bis Ende 2008 in unterschiedlichen Zusammensetzungen voraussichtlich insgesamt rund 40 Sitzungen durchgeführt haben.

Zu 4.:

Der Landesrat führt im Rahmen seiner Aufgabenwahrnehmung zahlreiche öffentliche Veranstaltungen durch und beteiligt sich an Veranstaltungen anderer Ausrichter. Dies waren in 2007 bzw. werden bis Ende 2008 voraussichtlich u. a. sein:

20. April 2007

Durchführung einer Fachtagung zum Thema „Schulabsentismus“ im Kieler Schloss. Ca. 200 Gäste nahmen an der Fachveranstaltung teil.

22. Mai 2007

Durchführung der Regionalkonferenz „Kriminalprävention im Kreis Nordfriesland“ im Rathaus der Stadt Husum (ca. 120 Teilnehmer).

18. September 2007

Präsentation des Konzeptes der AG 25 „Happy Slapping und mehr ...“.

Über 120 Personen nahmen an der Fachveranstaltung im Haus des Sports teil.

11. Oktober 2007

Durchführung der Fachveranstaltung „Projekte und Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ im Curiohaus in Hamburg.

Mit der Veranstaltung wurde die seit dem Jahr 2000 gemeinsam mit den Landespräventionsräten Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie dem DGB-Nord durchgeführte Reihe „Verantwortung übernehmen im Norden“ fortgesetzt.

31. Oktober 2007

Präsentation des Konzeptes der AG 23 „Stalking“ im Rahmen der gemeinsam mit dem MBF und dem MJAE im Landeshaus durchgeführten Fachtagung „Gemeinsam gegen Stalking“ (ca. 200 Teilnehmer).

18./19. Juni 2007

Teilnahme am 12. Deutschen Präventionstag in Wiesbaden mit dem Ausstellungstand der Geschäftsführung des Landesrates und dem Stand „PIT - Prävention im Team, das Original“.

2./3. Juni 2008

Teilnahme am 13. Deutschen Präventionstag in Leipzig mit dem Ausstellungstand der Geschäftsführung des Landesrates, dem Stand „PIT - Prävention im Team, das Original“ sowie dem Ausstellungsstand der Patenschaftsprojekte in Schleswig-Holstein.

Nov./Dez. 2008 (geplant)

Fachtagung im Kontext der Veröffentlichung des kriminalpräventiven Konzeptes „Rechte Sprüche in der Klasse“

Zu 5.:

April 2007

Veröffentlichung des Konzeptes der AG 18 gegen Schulabsentismus „Jeder Schüler, jede Schülerin zählt“.

September 2007

Veröffentlichung des Konzeptes der AG 25 „Happy Slapping und mehr ...“. (Nachdruck Dezember 2007)

Oktober 2007

Veröffentlichung des Konzeptes der AG 23 „Stalking“. (Nachdruck Dezember 2007)

Nov./Dez. 2008 (geplant)

Veröffentlichung des kriminalpräventiven Konzeptes der AG 27 „Rechte Sprüche in der Klasse“

Darüber hinaus hat der Rat für Kriminalitätsverhütung z. B. die folgenden Veröffentlichungen finanziell unterstützt:

- Kriminalität der Spätaussiedler - Bedrohung oder Mythos?
Abschlussbericht einer interdisziplinären Forschungsgruppe
- „Handy Scout“
Broschüre der Aktion Kinder- und Jugendschutz
- „Rechts verdreht“
Broschüre des Kreises Pinneberg aus der Reihe „Zeit Zeichen“
- Informationsbroschüre der Stadt Preetz über Wissenswertes zu Hilfsangeboten aller Art
- „Handy Scout“ (Teil 2)
Broschüre der Aktion Kinder- und Jugendschutz

Zu 6.:

Die Erfolge kriminalpräventiver Arbeit sind nur schwer messbar und lassen sich in

Zahlengrößen nicht darstellen. Die Ergänzung der polizeilichen Kriminalprävention durch eine gesamtgesellschaftliche Prävention hat sich in den vergangenen 18 Jahren seit Gründung des Rates für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein bewährt. In dieser Beurteilung sieht sich die Landesregierung bestätigt durch das ehrenamtliche Engagement in den Arbeitsgruppen des Rates für Kriminalitätsverhütung, durch das ehrenamtliche Engagement in den ca. 90 Kommunalen Präventionsräten sowie durch die Etablierung von Landespräventionsräten in zahlreichen anderen Ländern

Es gilt, die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention weiterhin intensiv zu fördern durch enge Zusammenarbeit mit den bestehenden Kommunalen Räten, durch Werbung für die Gründung weiterer Präventionsräte auf kommunaler Ebene sowie durch informatorische, konzeptionelle und finanzielle Unterstützung kriminalpräventiver Projekte und Maßnahmen anderer Träger von Seiten des Rates für Kriminalitätsverhütung in Schleswig-Holstein.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2009/2010

Einzelplan:	04
Seite:	117
Kapitel:	0416
Titel:	MG 04
Zweckbestimmung:	Städtebauförderung

Ansatz Ist 2007:	
Ansatz Soll 2008:	
Ansatz Soll 2009:	
Ansatz Soll 2010:	

Frage/Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 23. Juli 2008 teilte Staatssekretär Lorenz mit, dass vom Land „eine Kofinanzierung für den Investitionspakt und für das neue Programm Städtebaulicher Denkmalschutz der Jahre 2009 und 2010 nicht gewährleistet wird.“ Bundesmittel in welcher Höhe hätte das Land abrufen können, wenn es die entsprechenden Kofinanzierungsmittel bereitgestellt hätte?

Antwort der Landesregierung:

1. Investitionspakt

Für das Programm 2008, dessen Mittel bis zum Dezember 2009 bewilligt werden müssen, hätte SH 6,9 Mio. € vom Bund erhalten können. Wegen der bisher in der Bundeshaushaltsplanung vorgesehenen Halbierung der Bundesfinanzhilfen auf 100 Mio. € in 2009 verminderte sich der Anteil für SH entsprechend auf 3,45 Mio. €. Die Fortsetzung des Programms in 2010 ist derzeit noch ungewiss. Auf § 19 Abs. 7 HG wird hingewiesen.

Städtebaulicher Denkmalschutz West

Der Bund beabsichtigt, für dieses Programm 2009 30 Mio. € und 2010 40 Mio. € Finanzhilfen (Verpflichtungsrahmen) zur Verfügung zu stellen. Die Diskussion über den Verteilungsschlüssel (VS) ist noch nicht abgeschlossen. Legte man den VS des Programms Sanierung und Entwicklung aus dem Programmjahr 2008 (4,233 %) zugrunde, entfielen auf das Land SH ein Betrag von 1,27 Mio. € (knapp 1,3 Mio. €) bzw. 1,69 Mio. € (knapp 1,7 Mio. €) in den Programmjahren 2009 und 2010.